

# Landkreis Vorpommern-Greifswald

Kreistag

# Beschlussvorlage

Antragsteller: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,  
interfraktionell angestrebt

öffentlich

nichtöffentlich

Datum

Drucksachen Nr. (ggf. Nachtragsvermerk)

28.02.2020

28/2020

Beratungsfolge	Termin	Ein	Für	Geg	Ent	Bemerkungen
Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt	25.05.2020		3	8	2	öffentlich (abgelehnt)
Finanzausschuss	25.05.2020		6	5	0	öffentlich
Infrastrukturausschuss	28.05.2020		3	9	1	öffentlich (abgelehnt)
Kreisausschuss	02.06.2020					öffentlich (ohne Abstimmung)
Kreistag	15.06.2020					öffentlich

## Betreff:

Umweltfreundlichere Dienstreisen

## Beschlussvorschlag:

I. Der Landrat wird beauftragt, zu prüfen:

1. ob bei Dienstreisen Verkehrsmittel bevorzugt werden können, die zu vertretbaren Kosten und mit zumutbarem Aufwand möglichst geringe Emissionen an klimarelevanten Gasen verursachen.
2. ob Mitarbeitende eine Bahncard bekommen können, wenn die geplanten Dienstreisen per Bahn eine Ersparnis gegenüber der Nutzung von Auto oder Flugzeug bedeuten.
3. ob der Ausstoß von nicht vermeidbaren klimarelevanten Gasen kompensiert werden kann. Bei der Kompensation von klimarelevanten Gasen sollen bevorzugt Ökosysteme im Landkreis berücksichtigt werden. Der Kauf von Zertifikaten und anderen Titeln auf dem freiwilligen Kompensationsmarkt kann zweitrangig auch als Mittel zur Kompensation genutzt werden.

II. Der Landrat wird beauftragt, darauf hinzuwirken,

1. dass innerdeutsche Dienstflüge generell untersagt werden
2. dass virtuelle Meetings Dienstreisen, wann immer möglich, ersetzen sollen.

## Sachdarstellung:

Der Klimawandel stellt die mit Abstand größte globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts dar - Zitat Integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept der Landkreises Vorpommern-Greifswald 2016, S. 14 -

Dies erfordert Anstrengungen und die Ergreifung von Maßnahmen auf allen Ebenen.

Auch die Verwaltung des Landkreises muss ihrer Verantwortung, aktiv zum Klimaschutz beizutragen, gerechter werden. Dazu hat sie sich mit Erstellung eines Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzeptes 2014 auch bekannt.

Konkret benannt ist in dem Ergebnisbericht des Konzeptes unter anderem das Ziel der "Minderung der verkehrsbedingten Emissionen der kommunalen Verwaltung".

Im Maßnahmenkatalog ist deutlich formuliert: "Hier liegt es auch in der Verantwortung der Führungskräfte bei Dienstreiseanträgen auf Möglichkeiten der Nutzung von ÖPNV und die Zusammenlegung von Fahrten zu achten."

Allerdings fehlt im Klimaschutzkonzept der Bezug zu Dienstreisen der Verwaltung mit weiteren Entfernungen sowie konkrete Maßnahmen, wie der Vorzug der Bahn auf längeren Strecken attraktiver gestaltet werden kann und unabwendbare Dienstflüge kompensiert werden können. Diese Lücke soll der Beschluss schließen.

### **Finanzielle Auswirkungen:**

Ulrike Berger  
Fraktionsvorsitzende

**Anlagen:** keine